Nr. 131 Zweites Blatt 167. Jahrgang Donnerstag, 7. Juni 1917

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter" und „Kreisblatt für den Kreis Gießen".

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsrunddruck und Verlag: Brühl'sche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei. R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: [illegible] 51. Schriftleitung: [illegible] 112. Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Aus Hessen.

Die Handwerkskammer zu Darmstadt

trat am 5. Juni vormittags im Sitzungssaale der Stadtverordneten im Rathaus zu ihrer 22. Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Geh. Gewerberat Falk begrüßt die Erschienenen, spricht kurz über die Betätigung am Jahrestage der Regierungsjubiläum des Großherzogs, begrüßt die anwesenden Vertreter der Regierung, Regierungsrat Dr. v. Loebke und Regierungsrat Reuter, und erteilt nach kurzer Aussprache über einen Antrag Färber über Tarifbezahlung an wirtschaftlich schwache Handwerker dem Syndikus Schüttler das Wort, der über die einzelnen Tätigkeitsgebiete der Handwerkskammer berichtet, die auch in diesem Jahre durch die kriegswirtschaftliche Tätigkeit besonders in Anspruch genommen war. Die Erstattung eines schriftlichen Jahresberichtes war wie früher unterlagt. Zweckdienliche Ratschläge und Auskunft über die nur allzu vielseitigen Vorschriften auf wirtschaftlichem Gebiete konnten erteilt werden. Er erwähnt in dankbarer Anerkennung das in allen Fragen und Wünschen des Handwerks große Entgegenkommen der Behörden, besonders des Großh. Ministeriums des Innern. Aber auch das Handwerk habe es verstanden, sich mit Verständnis den durch die Kriegslage getroffenen Maßnahmen vortrefflich anzupassen. Der Redner geht hierauf in seinem Bericht auf das Lehrlingswesen über. Die veränderten Verhältnisse wirkten einschneidend auf die Frage des Lehrlingswesens ein, so daß eine Neugestaltung von Grund auf erforderlich erscheine. Die Anmeldungen zur Lehrlingsrolle haben einen Rückgang aufzuweisen, der zum großen Teil auf die Stillegung der Betriebe infolge Einberufungen zurückzuführen sei.

Die Abhaltung der Gesellenprüfungen wurden, soweit dies möglich war, durchgeführt. Infolge Rohmaterialienmangels konnten in einzelnen Gewerbezweigen Gesellenstücke nicht angefertigt werden. Es wird daher die Abkürzung einer Arbeitsprobe und verschärfte theoretische Prüfung empfohlen. Der Redner ist der Ansicht, daß an der feierlichen Ueberreichung der Gesellenbriefe auch während des Krieges festzuhalten sei.

Die Meisterprüfungen waren offiziell nicht angesetzt gewesen. Es fanden jedoch vereinzelt Prüfungen statt. Betreffend Revisionen bemerkt der Berichterstatter, daß die später einsetzende stärkere Tätigkeit gar manche Kriegsschäden aufdecken würde, die im Interesse des handwerklichen Nachwuchses beseitigt werden müssen. Weiter berichtet er, daß in etwa 20 Sitzungen des Vorstandes und der Kommission für Heereslieferungen die Angelegenheiten des Handwerks eingehend behandelt wurden.

Die Tätigkeit der Einziehungsstelle wurde auf Beschluß des Vorstands im Herbst 1916 eingestellt. Dagegen wurde das Eintragungsamt in einigen Fällen wieder in Anspruch genommen, wobei es sich erreichen ließ, eine Verständigung herbeizuführen. In längeren Ausführungen bespricht der Berichterstatter die Wiederaufnahme der durch den Krieg geschädigten Handwerksbetriebe. Nebenbei werde es das Bestreben sein, im Einvernehmen mit Handwerker-Zentralgenossenschaften und unter Mitwirkung gut fundierter Einkaufsgenossenschaften die Rohstoffbeschaffung zu behandeln und auf diese Weise den Handwerkern eine zweckmäßige Kreditgewährung zu sichern. Hierauf wendet sich der Berichterstatter zu den Heereslieferungen, die dem Handwerk zugeführt wurden. Die mit den verschiedensten militärischen Stellen angebahnten Geschäftsverbindungen haben sich im abgelaufenen Jahre weiter gut bewährt und bringen dem Handwerk dauernd guten Erfolg. Insgesamt belaufen sich bis jetzt die dem hessischen Handwerk vermittelten Lieferungen auf weit über 6 Millionen Mark. Die Hauptstelle in Berlin, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Vorsitzende der Kammer ist, hat eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit entwickelt, und konnte er bei der im März dieses Jahres stattgefundenen Mitgliederversammlung berichten, daß Lieferungen von über 100 000 000 Mark an die zugehörigen Kammern vermittelt wurden. Die Beschaffung von Rohstoffen widmete die Kammer ihre Aufmerksamkeit, da diese Frage besonders während der Uebergangszeit von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Mit dem Ministerium, Forst- und Kameralverwaltung, sind Verhandlungen wegen freihändiger Abgabe von Nutzholz an holzverarbeitende Gewerbe eingeleitet. Ferner wird die Regelung der Leimversorgung in nächster Zeit ihre Erledigung finden. Die am wenigsten ansprechende Aufgabe war die Lederverteilung. Hierbei konnte mit dem besten Willen für das Handwerk keinerlei günstige Einwirkung erfolgen, wie im allgemeinen die Verhältnisse im Schuhmachergewerbe infolge der Lederknappheit sehr der Verbesserung bedürfen. Es ist jedoch den Meistern Gelegenheit gegeben, ihre Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, wenn sie sich an der Instandsetzungsarbeit der Hess. Handwerker-Zentralgenossenschaft beteiligen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Sames, berichtet, daß die Rechnung durch den Vorstand geprüft und für richtig befunden worden sei. Der Rechnungsabschluß ergibt in Einnahme 57 331,59 Mk., in Ausgabe 57 061,21 Mk., so daß ein Ueberschuß von 270,38 Mk. verbleibt, der als Kassenvorrat in das neue Rechnungsjahr übernommen wird.

Der Vorsitzende Geh. Gewerberat Falk, legt dem Haushaltungsplan für 1918 vor und erläutert die Abweichungen gegen das Vorjahr. Der Voranschlag schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 42 900 Mark und wird genehmigt.

Das Vorstandsmitglied Klingelschmitt-Mainz berichtet, daß im Laufe des Jahres 1916 sich folgende neue Gesellenprüfungsausschüsse gebildet haben, denen vorbehaltlich der Genehmigung der Vollversammlung, die Befugnis zur Abhaltung von Gesellenprüfungen zugebilligt wurde: Schneider-Innung Mainz: Vors. Obermeister Buesinger, Mainz; stellv. Vors. Schneidermeister J. Reiß, Mainz. Schneider-Innung Büdingen: Vors. Schneidermeister J. H. Roth, Büdingen; Stellv.: Schneidermeister Karl Schmidt, Büdingen. Es wird beantragt, die satzungsgemäße Genehmigung zu erteilen. Dies geschieht.

In den Ergänzungswahlen werden zum Vorsitzenden gewählt: Justus Weber, Darmstadt, und Schreinermeister Wittekind, Büdingen, in den Vorstand, in den Ausschuß für Genossenschaftswesen Justus Weber, Darmstadt.

Vorstandsmitglied Klingelschmitt berichtet, daß die Heranziehung des gewerblichen Nachwuchses besonders einschneidend durch die Kriegsverhältnisse beeinflußt wurde. Er gibt einen Ueberblick, was zur Erholung unserer Jugend von Lehrern, Geistlichkeit und allen Fürsorgestellen getan worden sei. Auch die Handelskammer habe alle diese Bestrebungen unterstützt.

Stellv. Vorsitzender Sames berichtet: Das Hilfsdienstgesetz bringe auch für das Handwerk einschneidende Bestimmungen. Er erläutert die einzelnen Paragraphen, die Zusammensetzung und Aufgaben der verschiedenen im Gesetz vorgesehenen Ausschüsse. Redner schildert, welche Wirkungen das Gesetz auf die selbständigen Betriebe ausüben kann, wenn eine Fühlungnahme mit der Interessenvertretung unterbleibt, er hofft jedoch, daß die einzelnen Ausschüsse in allen das Handwerk betreffenden Fällen die Handwerkskammer gutachtlich hören werden. Ebenso ersucht er dringend die Handwerksmeister, sich mit allen diese Angelegenheiten berührenden Fragen an die Handelskammer zu wenden, die mit Rat und Tat dem Handwerk zur Seite stehen werde.

Nachdem noch Direktor Paech gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende Gewerberat Falk die Sitzung mit kurzen Dankesworten an die Mitglieder der Kammer und die beteiligten Korporationen, sowie die Beamten und Angestellten für ihre pflichttreue Tätigkeit um ½2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 7. Juni 1917.

Die Höchstpreise für Obst.

Berlin, 4. Juni. (WTB.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht nachstehende Bekanntmachung über Höchstpreise für Obst:

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Der Preis für die folgenden Obstsorten darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze für je ein Pfund nicht übersteigen:

Erdbeeren, 1. Wahl	0,55 Mark
Erdbeeren, 2. Wahl	0,30 „
Walderdbeeren	1,00 „
Johannisbeeren, weiße und rote	0,30 „
Johannisbeeren, schwarze	0,40 „
Stachelbeeren, reif und unreif	0,30 „
Himbeeren	0,50 „
Blaubeeren	0,25 „
Preiselbeeren	0,35 „
Saure Kirschen	0,20 „
Süße Kirschen, weiche	0,25 „
Süße Kirschen, große, harte	0,35 „
Schattenmorellen	0,40 „
Glaskirschen	0,45 „
Reineclauden, große, grüne	0,30 „
Mirabellen	0,40 „

§ 2. Die bei den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst gebildeten Kreiskommissionen können für ihr Wirtschaftsgebiet einen anderen Erzeugerhöchstpreis bestimmen, der die vorstehend festgesetzten Preise nicht um mehr als 10 Prozent überschreiten oder darunter zurückbleiben soll. Die Erdbeeren, Stachelbeeren und Kirschen für die ersten 14 Tage nach ihrem Erscheinen auf dem Markte bis zu 50 Prozent überschreiten darf. Weitergehende Abweichungen bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. Juni 1917.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: v. Tilly.

*

** Postverkehr mit Rumänien. (WTB. Nichtamtlich.) Ab 1. Juni ist der Postverkehr, und zwar vorläufig nur für einfache Briefe und Postkarten, innerhalb des Gebietes der Militärverwaltung in Rumänien und zwischen diesem Gebiet und den Verbandsstaaten freigegeben. Die Briefe müssen offen aufgegeben werden und dürfen nicht über vier Seiten lang sein. In Rumänien und andere feindliche Staatsangehörige im Gebiete der Militärverwaltung dürfen nur Karten geschrieben werden. Aufschrift und Mitteilungen sind in deutscher, ungarischer, bulgarischer oder türkischer Sprache abzufassen. Innerhalb des Gebietes der Militärverwaltung ist auch die rumänische Sprache zulässig. Sendungen nach und aus den Vierbundstaaten müssen mit genauer Adresse und mit Vermerk „über Postüberwachungsstelle Nr. 24" versehen sein. Das Porto wird nach den Sätzen des Weltpostvereins erhoben. Im Gebiet der Militärverwaltung werden deutsche Briefmarken mit dem Aufdruck M. V. und den Verkaufswerten in Landeswährung zu 15, 25 und 40 Bani verwendet, außerdem Postkarten zu 10 Bani.

Landkreis Gießen.

-m. Hungen, 6. Juni. Noch vor wenigen Tagen war ein Gang durch die Felder unserer Gemarkung ein Hochgenuß, und man staunte, was die Natur in den paar Wochen, seit Einsehen der Vegetation, hervorgezaubert hatte. Nun ist durch die anhaltende Trockenheit der letzten Zeit ein Stillstand im Wachstum eingetreten, und man sieht, wie die Natur nach einem durchgreifenden Regen lechzt, der hoffentlich bald eintritt, damit die so berechtigten Hoffnungen auf eine gute Ernte nicht zuschanden werden. Das Korn, stellenweise bis 1,50 Meter hoch, steht bereits in Blüte, und auch die übrigen Getreidearten stehen schön. Die Kartoffeln, für welche die warme Witterung bisher besonders günstig war, sind teilweise schon gehäufelt und versprechen einen guten Ertrag. Auch die Futterrauschken sind sehr gut, falls der Regen nicht mehr lange auf sich warten läßt. Namentlich der Klee steht so schön, wie selten in einem Jahr. Mit der Heuernte wird in den nächsten Tagen begonnen werden. — Im Walde zeigen Erd- und Himbeeren reichen Fruchtertrag. Diesen Früchten kommt die Trockenheit sehr zustatten.

** Inheiden, 6. Juni. Als Ergebnis der Ortssammlung in Inheiden für die U-Boot-Spende konnten 180 Mark an der Kreiskasse abgesandt werden. Dem guten Zweck entsprechend waren die Gaben wieder recht reichlich. Allen Spendern sei hiermit nochmals bestens gedankt.

Hessen-Nassau.

— Rüdesheim, 5. Juni. Die Vereinigung der Rheingauer Weingutsbesitzer brachte bei den diesjährigen Frühlingsversteigerungen 585 Stück zum Verkauf und erzielte dafür die Riesensumme von 7 562 320 Mark. Den Gipfel erreichte die Versteigerung von 1200 Litern 1911er Hattenheimer Engelsmannberg mit 103 200 Mark.

— Frankfurt a. M., 6. Juni. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Nichtgenehmigung der Magistratsvorlage auf Errichtung einer Darmanlage, für die bereits 200 000 Mark bewilligt waren, durch die Aufsichtsbehörde unter scharfem Protest als einem unberechtigten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht zur Kenntnis genommen. Die Vorlage auf Errichtung einer Altkleiderstelle, durch die der Ankauf und Verkauf getragener Kleider und Schuhe in städtischer Regie verwaltet werden soll, fand die Billigung aller Fraktionen. Entgegen den Beschlüssen der Kriegskommission, die eine Magistratsvorlage auf Gewährung von Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten gutgeheißen hatte, bedauerte man in der Versammlung, daß die Stadt nicht die gleichen Teuerungssätze vorgeschlagen habe, wie sie der Staat seinen Beamten gewähre. Die Vorlage wurde an den Finanz- und Organisationsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Ueber die andauernde Kohlennot interpellierte man zum Schluß den Magistrat. Stadtrat Dr. Hiller führte die Not auf Transportschwierigkeiten zurück, die auch in Zukunft bleiben würden, ferner heische die Kriegsindustrie immer größere Mengen zum Nachteil der Privatbevölkerung. Für die künftige Kohlenversorgung Frankfurts kommen die Größe der Wohnung in Frage, nicht mehr das Einkommen. Stadtv. Dr. Heilbrunn führt den Mangel nicht auf Transportschwierigkeiten zurück, sondern auf Machenschaften im Kohlensyndikat, das dadurch eine bewußte Transversation gegen die zuständigen Berliner Stellen wegen des neuen innerpolitischen Kurses zum Ausdruck bringen wolle. Der Antrag des Redners, den Stadtrat mit der Verfolgung der Angelegenheit zu betrauen, fand zugleich mit der Magistratsvorlage Annahme.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

19. Woche. Vom 6. bis 12. Mai 1917.

(Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1600 Mann Militär)
Sterblichkeitsziffer: 26,70 %.
Nach Abzug von 12 Ortsfremden: 7,85 %.

Es starben an	Zus.	Erwachsene	Kinder im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Altersschwäche	3 (3)	3 (3)	—	—
Diphtherie	2 (1)	—	—	2 (1)
Lungentuberkulose	2	1	—	1
Lungenentzündung	3 (3)	2 (2)	—	1 (1)
Gehirnschlag	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	2 (2)	2 (2)	—	—
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Blinddarmentzündung	1 (1)	—	—	1 (1)
Nierenschrumpfung	1	1	—	—
unbekannten Todesursachen	1	1	—	—
Summa:	17 (12)	12 (9)		5 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.
Medizinalrat Dr. E. Walger, Großh. Kreisarzt.

Darmstädter Hoftheater.

rk. Darmstadt, 5. Juni. Ein Ereignis ersten Ranges bedeuteten für das hiesige Kunstleben die beiden Richard-Strauß-Abende unter persönlicher Leitung des Komponisten, die vor ausverkauften Häusern stattfanden. Der erste Abend brachte uns den „Rosenkavalier"; dieses Werk, in dem alle Künste moderniter Orchestertechnik und illustrativer Instrumentation ihr Spiel treiben, Richard Strauß leitete sein Werk mit vollster Ueberlegenheit und arbeitete alle Feinheiten der Partitur aufs glänzendste heraus. Unser Hoforchester folgte ihm begeistert. Das Ensemble war von wohlausgeglichener Geschlossenheit und Rundung, auch merkte man des Komponisten Einfluß auf die Ausgestaltung der einzelnen Partien. Die Damen Scheltzer, Genesbach und Jakobs, sowie Herr Schützendorf und Gabor spielten Vorzügliches. Der zweite Abend brachte vor allem die vielgenannte „Alpensinfonie", die 1915 in Berlin ihre Uraufführung erlebte, hier zum ersten Male zu Gehör. Dieses effekt- und stimmungsvolle Werk, das nur durch die Vereinigung der Orchester der Großh. Hofmusik und der Kurkapelle in Bad-Nauheim sowie durch Mitglieder des Mainzer Städtischen Orchesters ermöglicht wurde, da das Werk eine ganz ungewöhnliche Besetzung erfordert, nämlich 16 1. Violinen, 14 2. Violinen, 10 Bratschen, 8 Violoncelli, 7 Kontrabässe, je 4 Flöten, Oboen, Klarinetten und Fagotte, 8 Hörner, 4 Trompeten, 4 Posaunen, 4 Tenor- und 2 Baßtuben, 1 Harfen, Orgel, Celesta, diverses Schlagzeug und eine Anzahl Blechinstrumente hinter der Szene. Strauß bringt hier der Allmutter Natur ein Ständchen, indem er in Tönen die Eindrücke einer Alpenwanderung verherrlicht. Es ist im Gegensatz zu Beethovens 5. Sinfonie (die Pastorale), die das Hauptgewicht vor allem auf seelische Stimmung legt, vor allem äußerliche Tonmalerei, die der Komponist wie immer, so auch in diesem Werke bevorzugt, doch hat die Sinfonie Stimmung, Farbe und hinterläßt deshalb einen mächtigen Eindruck. Am schönsten wirken in dieser ¾ Stunden dauernden Sinfonie, bei der sich Bild an Bild in einem Satz ohne Unterbrechung reiht, der morgendliche Aufstieg zu dem Berggipfel, die wundervolle Schilderung der Empfindung beim Anblick der Alpenwelt u. vor allem der Schlußteil. „Ausklang" und „Nacht", in B-Moll ausklingend. Außerdem gelangte die Tondichtung für großes Orchester „Don Juan" (nach Lenau) zur Aufführung, die einer früheren Schaffensperiode entstammt, und zwei Gesänge für tiefe Stimme, von Herrn Stephani mit schöner Tongebung vorgetragen. Von den beiden Liedern, „Der Einsame" und „Das Tal", ist das erstere das musikalisch bedeutendere. Der Komponist erntete nach jeder Nummer reichen Beifall, der sich zum Schlusse, wo ihm ein goldener Lorbeerkranz überreicht wurde, aufs höchste steigerte. Das Orchester wurde seiner großen Aufgabe in vorbildlicher Weise gerecht. Das Großherzogspaar war anwesend. Hiermit beendete die Hofmusik den Zyklus deutscher Sinfonien, die in diesem Winter unter Weingartners Leitung wahre Kunstgenüsse bot. H.

*

— Ludendorff als Ehrenbürger von Insterburg. Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die Stadt Insterburg hat den Generalquartiermeister Ludendorff bekanntlich zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Damit ist Hindenburgs großer Mitarbeiter einer der ostpreußischen Städte nahegetreten, die am meisten von der Ausnahmezeit Ostpreußens erlebt haben. In Insterburg steht ja jenes berühmt gewordene „Dessauer Haus", der während des Herbstes 1914 abwechselnd vom Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, von General Rennenkampf und vom Generalfeldmarschall Hindenburg bewohnt wurde, mit letzterem zugleich natürlich von Ludendorff selbst. Hier, im Herzen des ostpreußischen Landes, wo in grünen Wäldern aus Insterburg, Pillkallen und Angerapp Königsberg, Strom der Presse, zusammenfließt, hier hat sich der Großstädter schon als Herr der altpreußischen Provinzen gefühlt, bis er zusammen mit Rennenkampf die Stadt in hastiger Flucht — ganz nach dem Vorbilde Mac Mahons bei Wörth — verlassen mußte, nachdem er sich vorher vom Wirt mit den Worten verabschiedet: „In 14 Tagen sehen wir uns wieder." Es ist anders gekommen. Heute sitzt der Großstädter in den Betten der Revolutionäre, und Ludendorff ist Ehrenbürger von Insterburg, dessen Schicksale in schwerer Zeit so überaus mutig und klug von dem Stadtrat und praktischen Arzt Dr. Bierbrauer geleitet wurden, der seine Erlebnisse als Gouverneur von Insterburg während der Russenzeit in fesselnder Weise niedergeschrieben hat. Diese Insterburger Kriegschronik gehört zu den besten Aufzeichnungen, die wir aus Ostpreußens schwerer Zeit besitzen. Später hatte Insterburg nur noch durch einen russischen Fliegerangriff zu leiden, der am 19. April 1915 stattfand, bekanntlich einer der wenigen Fliegerüberfälle auf ostdeutsche größere Städte, die die Russen zuwegegebracht haben. Obwohl die Insterburger bei der russischen Invasion ziemlich gut weggekommen waren, lebten sie doch nach dem Abzug von Tag zu Tag in Aengsten, und der Jubel war daher unermeßlich, als die Deutschen einrückten. Die Menschen küßten einander auf offener Straße, und jeder wollte Einquartierung haben. Hindenburg und Ludendorff waren das Ziel begeisterter Ovationen. Beide leiteten von hier aus die Winterschlacht in Masuren. Mit der Ehrung Ludendorffs hat die Stadt Insterburg jetzt zum zweiten Male ihre Dankbarkeit über ihre glückliche Befreiung Ausdruck gegeben, nachdem Magistrat und Stadtverordnete schon im November 1914 den Stadtrat Dr. Bierbrauer, der schweren Schaden glücklich abwendete, durch eine Adresse und die Darbietung eines Ehrengeschenks auszeichneten.